22.05.2012

Änderung des Beschlusentwurfes zu Vorlage 253/2012-6

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Bornheim im Aufsichtsrat der WFG Bornheim werden angewiesen, dem Verkauf zusätzlicher Grundstücke zur Angebotserweiterung im Baustoff-Segment im Gewerbepark Bornheim-Süd derzeit nicht zuzustimmen.

Begründung:

Bornheim ist in der komfortablen Situation neben dem großen Anbieter „Bauhaus“ in der Stadt noch 13 mittelständische Betriebe der Baustoffbranche zu haben, die das Angebot in der Fläche zwischen Walberberg und Roisdorf für Einzelhandels- wie auch gewerbliche Kunden sicherstellen. Mit einem Deckungsgrad von 160 % hält Bornheim damit auch für die Nachbarkommunen bereits ein attraktives Angebot in diesem Segment vor. Insofern ist aus Sicht der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Bedarfsdeckung im Stadtgebiet und weit darüber hinaus gesichert und daher sollte die weitere Vermarktung der mittlerweile knappen Freiflächen im Gewerbegebiet mit dem Ziel eines gesunden Branchenmixes für die Stadt Bornheim erfolgen.

Die nunmehr von der Fa. Bauhaus vorgelegte angepasste Bauvoranfrage zur Errichtung eines Baustoff-Großhandels, die keine B-Planänderung erforderlich macht, verändert die Ausgangssituation allerdings nicht.

Zudem sollte berücksichtigt werden in welchem Maße sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier sollte im Sinne einer nachhaltigen Gewerbeflächenentwicklung auf ein angemessenes Verhältnis zwischen Fläche und Anzahl der Arbeitsplätze geachtet werden.